



Mehr Geld für Kampf gegen Aids

Pressemitteilung von Barbara Höll, Monika Knoche, 08. August 2008

„Von den 33 Millionen HIV-Infizierten leben nach UN-Angaben 90 Prozent in Entwicklungsländern und davon erhalten circa 70 Prozent keine Therapie. Es ist eine Schande, dass die Staaten des Nordens nicht die dringend benötigten Gelder freigegeben. Nach UN-Angaben klafft hier eine Lücke von mindestens 8 Milliarden Dollar“, so Monika Knoche zur 17. Internationalen Aidskonferenz in Mexiko-Stadt, die heute zu Ende gegangen ist. Die drogenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE erklärt weiter:

„Die Konferenz in Mexiko hat deutlich gemacht: HIV-Infektionen und AIDS sind als chronische Krankheit zu verstehen. So zeigen die medizinischen Erfolge, dass AIDS bei frühzeitiger Therapie nicht tödlich verlaufen muss.

Auch die Übertragung des Virus von HIV-Positiven Müttern auf ihre Kinder kann signifikant reduziert werden, wenn eine rechtzeitige Behandlung erfolgt. Doch genau hier liegt das Problem. Zur medizinischen Versorgung der Patienten gehören ein

funktionierendes Gesundheitssystem und die Verfügbarkeit von antiretroviralen Medikamenten. Beides ist in den Entwicklungsstaaten nicht ausreichend der Fall und so sterben weiter Menschen. Die Staaten des Nordens müssen beim Aufbau des Gesundheitswesens im Süden Unterstützung leisten und die benötigten Medikamente frei von Patenten für die Produktion von Nachahmerprodukten zur antiretroviralen Therapie zulassen.“

„Deutlicher als zuvor wissen wir heute: Je liberaler und aufgeklärter die Gesellschaft ist, desto besser lässt sich eine erfolgreiche HIV-Prävention umsetzen“, so Barbara Höll, Sprecherin für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Fraktion DIE LINKE und ergänzt:

„Dies gilt besonders für die HIV-Prävention bei schwulen Männern in den Staaten des Nordens. Da sie die größte Betroffenenengruppe darstellen, kann eine HIV-Prävention nur dann erfolgreich sein, wenn Schwule zu ihrer Sexualität auch stehen können und nicht in einem Klima der Angst leben, so wie dies in vielen Staaten Osteuropas der Fall ist. HIV-Positive Menschen dürfen nicht stigmatisiert werden. Auch in Deutschland steigt die Anzahl der HIV-Neuinfektionen, insbesondere bei schwulen Männern. Deshalb bleibt es unverständlich, warum eine vom Bundesgesundheitsministerium finanzierte HIV-Präventionskampagne für Schwule, die bereits zu Beginn dieses Jahres starten sollte, noch immer nicht angelaufen ist. Die bisherigen Erfolge der HIV-Prävention in Deutschland sollten nicht wissentlich verspielt werden.“

